

# **BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF**



der  
**LANDESGRUPPE BRANDENBURG**  
der  
**CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag**

**Mitglieder:** Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)  
Andrea Voßhoff, MdB (Stellvertretende Vorsitzende)  
Katherina Reiche, MdB  
Jens Koeppen, MdB  
Hans-Georg von der Marwitz, MdB

**Nr. 34 / 2010 (27. August 2010)**

## **Inhaltsverzeichnis:**

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Bundeskabinett beschließt Restrukturierungsgesetz für Banken
3. Mehr Datenschutz am Arbeitsplatz
4. Staatsdefizit im ersten Halbjahr 2010
5. Kurz notiert
6. Terminvorschau

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

herzlichen Glückwunsch an Christoph Ahlhaus, der gestern zum neuen ersten Bürgermeister der Hansestadt Hamburg und damit Nachfolger von Ole von Beust gewählt worden ist. Besonders hervorzuheben ist, dass Christoph Ahlhaus nicht nur alle Stimmen von der schwarz-grünen Koalition, sondern auch zwei Stimmen aus dem Lager der Opposition erhalten hat. Für die verantwortungsvolle Aufgabe als erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg wünschen wir Christoph Ahlhaus alles Gute und viel Erfolg.

Nach „Deutschland sucht den Superstar“ könnte es bald auch heißen: „SPD sucht den Kanzlerkandidaten“. So jedenfalls die Vorstellungen des SPD-Vorsitzenden Siegmар Gabriel, der sich in dieser Woche für ein erweitertes Ur-Wahlverfahren zur Krönung des Kanzlerkandidaten ausgesprochen hat. Nach seinen Vorstellungen sollen dann nicht nur SPD-Mitglieder, sondern

auch Sympathisanten, Wähler und Wahlhelfer über den Kandidaten abstimmen können. Nur ein Gerücht ist, dass sich Thilo Sarrazin für ein mögliches Casting warmläuft.

Ihr



Michael Stübgen, MdB  
Landesgruppenvorsitzender

## **2. Bundeskabinett beschließt Restrukturierungsgesetz für Banken**

Das Gesetz geht zurück auf die am 31. März 2010 vom Kabinett verabschiedeten Eckpunkte zur Finanzmarktregulierung und umfasst unter anderem folgende Inhalte:

- Gesetz zur Reorganisation von Kreditinstituten
- Einführung von Instrumenten zur Krisenbewältigung bei systemrelevanten Kreditinstituten
- Gesetz zur Einrichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute
- Verlängerung der Verjährungsfrist für die Haftung von börsennotierten Aktiengesellschaften bzw. Kreditinstituten

Zudem sieht der Entwurf Änderungen im Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz und im Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz vor, die eine breit angelegte Neuorganisation der mit staatlichen Maßnahmen gestützten Kreditinstituten beschleunigen und außerdem den Beendigung des staatlichen Engagements vereinfachen soll.

Die Erfahrungen der weltweiten Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass die bestehenden gesetzlichen Grundlagen nicht ausreichen, um so genannte systemrelevante Banken entweder Finanzmarktschonend zu restrukturieren oder geordnet abzuwickeln.

Um in Zukunft Krisen dieser Art präventiv begegnen zu können und im Krisenfall handlungsfähig zu sein, ist es daher notwendig, den rechtlichen und institutionellen Rahmen zu verändern. Ziel des Restrukturierungsgesetzes ist es, die Schieflage einer systemrelevanten Bank künftig bewältigen zu können ohne hierdurch die Schieflage des Finanzsystems als solches zu gefährden.

Im Restrukturierungsgesetz ist ein so genanntes Reorganisationsverfahren festgehalten, das Banken bei der eigenverantwortlichen Sanierung und Reorganisation in Zukunft unterstützt. Neben dieser privatwirtschaftlichen Lösung wird im Wege einer Änderung des Kreditwesengesetzes die Möglichkeit geschaffen, systemrelevante Unternehmensteile zum Schutz der Finanzmarktstabilität auf einen Dritten zu übertragen.

Für die hierfür benötigten Mittel wird ein Restrukturierungsfonds eingerichtet. Der Fonds wird durch Beiträge der Kreditwirtschaft finanziert. Die öffentlichen Haushalte werden geschont. Der Fonds untersteht der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung. Dazu sollen alle Kreditinstitute in Deutschland jährlich eine Bankabgabe leisten – die sich nach der Risikoausrichtung und dem Vernetzungsgrad der Bank richtet.

Diese Abgabe entfaltet eine Lenkungswirkung und reduziert systemische Risiken im Finanzsektor. Die Abgabe ist nicht als Betriebsausgabe steuerlich abzugsfähig.

Auch Aktiengesellschaften sollen künftig stärker zur Verantwortung gezogen werden: Es soll sichergestellt werden, dass Ersatzansprüche gegen Organe von Aktiengesellschaften nicht durch zu kurze Verjährungsfristen verhindert werden. Für Aktiengesellschaften, die börsennotiert oder Kreditinstitute sind soll die Frist auf zehn Jahre verlängert werden.

Der Gesetzentwurf wurde gemeinsam von den Bundesministerien der Finanzen und der Justiz vorgelegt und bedarf der Zustimmung des Bundesrates.

### **3. Mehr Datenschutz am Arbeitsplatz**

Beschäftigte sollen künftig besser vor der unrechtmäßigen Erhebung und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten geschützt werden. Dennoch sollen auch die berechtigten Interessen der Arbeitgeber gewahrt werden. Die Bundesregierung setzt sich für den Datenschutz von Beschäftigten ein. In einem neuen Gesetzentwurf hat sie Regelungen zum Schutz der personenbezogenen Daten von Bewerbern und Beschäftigten im Arbeitsverhältnis getroffen. Das Bundeskabinett stimmte dem Gesetzentwurf zu.

Der Gesetzentwurf schafft Rechtssicherheit, insbesondere im Umgang mit neuer Technik und schützt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser als das geltende Recht.

Der neue Gesetzentwurf sieht Fortschritte in den verschiedensten Gebieten vor:

- **Fragerecht des Arbeitgebers**  
Eine neue Regelung schafft Rechtssicherheit vor allem in Bewerbungsverfahren. Sie stellt klar, welche Fragen in Bezug auf die künftige Tätigkeit zulässig sind. Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse der Kandidaten dürfen beispielsweise erhoben werden. Dies gilt auch für weitere Daten – wenn und soweit sie erforderlich sind, um die Eignung der Bewerber festzustellen.
- **Zulässigkeit ärztlicher Untersuchungen**  
Der Gesetzentwurf regelt, wann ärztliche Untersuchungen zulässig sind. Der Gesundheitszustand muss zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme eine wesentliche und entscheidende berufliche Anforderung darstellen. So kann beispielsweise die Flugtauglichkeit eines künftigen Piloten geprüft werden – die von Bäckern grundsätzlich nicht.
- **Videoüberwachung**  
Der Gesetzentwurf regelt die Videoüberwachung im nichtöffentlichen Bereich. Eine heimliche Videoüberwachung ist unzulässig.
- **Einsatz von Ortungssystemen**  
Ortungssysteme dürfen grundsätzlich nur dann zum Einsatz kommen, wenn dies aus betrieblichen Gründen erforderlich ist. Das kann zum Beispiel für die Sicherheit der Beschäftigten erforderlich sein oder zur Koordinierung von Einsätzen. Strenge Regeln gelten auch für die Erhebung biometrischer Merkmale, zum Beispiel von Fingerabdrücken.
- **Interessen der Arbeitgeber wahren**  
Künftig sollen klare Regeln gelten, mit denen die Rechtssicherheit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhöht wird. Das berechtigte Anliegen der Arbeitgeber, Korruption zu bekämpfen, soll beachtet werden. Auch Kontrollen zur Einhaltung geltender Regeln am Arbeitsplatz sollen möglich sein. Der Gesetzentwurf soll einerseits Mitarbeiter an ihrem Arbeitsplatz vor Bespitzelung schützen. Er soll aber andererseits auch Arbeitgebern verlässliche Grundlagen für die Zusammenarbeit an die Hand geben.

Die neuen Regelungen dienen dazu, ein vertrauensvolles Arbeitsklima zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern am Arbeitsplatz zu unterstützen.

#### 4. Staatsdefizit im ersten Halbjahr 2010

Das Finanzierungsdefizit des Staates betrug im ersten Halbjahr 2010 nach vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes 42,8 Milliarden Euro. Damit war das Defizit im ersten Halbjahr 2010 mehr als doppelt so hoch wie im ersten Halbjahr 2009 (18,7 Milliarden Euro). Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung schlagen sich nun die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und der in diesem Zusammenhang aufgelegten staatlichen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und der Finanzmärkte deutlich in den Haushalten von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung nieder. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (1.211,7 Milliarden Euro) errechnet sich für das erste Halbjahr 2010 aus dem Finanzierungssaldo eine Defizitquote von –3,5 Prozent.

Bei den Einnahmen (526,1 Milliarden Euro) und Ausgaben (568,9 Milliarden Euro) des Staates setzte sich dabei die im Vorjahr begonnene Entwicklung fort. Der Rückgang bei den Einnahmen belief sich auf –1,5 Prozent und fiel damit in etwa so hoch aus wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum (–1,4 Prozent). Die Ausgaben des Staates stiegen mit +3,0 Prozent (1. Halbjahr 2009: +3,6 Prozent) weiter stark an, wobei der Zuwachs durch einen Sondereffekt spürbar gebremst wurde.

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Einnahmen aus der im ersten Halbjahr 2010 erfolgten Versteigerung von Frequenzbereichen für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten als „negative“ Ausgaben gebucht. Ohne diesen Einmaleffekt haben die Ausgaben des Staates um 3,8 Prozent zugenommen.

Die Steuereinnahmen, die Haupteinnahmequelle des Staates beliefen sich im ersten Halbjahr 2010 auf 278,0 Milliarden Euro und war damit im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 Prozent niedriger.

Die an den Staat geleisteten Produktions- und Importabgaben (148,0 Milliarden Euro) sind dabei um 2,7 Prozent und die Einkommen- und Vermögensteuern (130,0 Milliarden Euro) um 2,9 Prozent geringer ausgefallen.

Bei den Produktions- und Importabgaben wurde die Entwicklung durch die Gewerbesteuer bestimmt, deren Aufkommen mit 14,4 Milliarden Euro um rund ein Fünftel (–18,9 Prozent) hinter dem entsprechenden Vorjahreswert zurückblieb. Der Anstieg der Umsatzsteuer (+0,2 Prozent) und der Importabgaben (+10,7 Prozent) konnte dies nicht ausgleichen. Innerhalb der Einkommen- und Vermögensteuern sind insbesondere die Einnahmen aus der Lohnsteuer (85,9 Milliarden Euro) mit –3,6 Prozent rückläufig gewesen, ebenso wie das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer (–2,8 Prozent) und der nicht veranlagten Steuer vom Ertrag (–9,5 Prozent).

Erheblich besser entwickelten sich dagegen die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer, die um 14,4 Prozent höher ausgefallen sind. Deutlich weniger Einnahmen hat der Staat bei den Vermögenseinkommen realisiert, die vor allem wegen eines erheblich niedrigeren Bundesbankgewinns auf 9,3 Milliarden Euro (– 29,0 Prozent) zurückgegangen sind. Die Verkäufe des Staates (23,3 Milliarden Euro) und die an den Staat geleisteten Sozialbeiträge (204,4 Milliarden Euro) sind dagegen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2009 um 2,0 Prozent beziehungsweise 1,9 Prozent gestiegen.

Auf der Ausgabenseite wurden für monetäre Sozialleistungen 227,6 Milliarden Euro (+3,1 Prozent) und soziale Sachleistungen 101,3 Milliarden Euro (+4,9 Prozent) aufgewendet. Hohe Steigerungsraten waren auch bei den Vorleistungskäufen (+3,8 Prozent) und den gezahlten Arbeitnehmerentgelten (+3,5 Prozent) zu verzeichnen. Der Anstieg der Subventionen (+5,1 Prozent) wird nach wie vor durch die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen an Unternehmen durch die Bundesagentur für Arbeit für Beschäftigte in Kurzarbeit geprägt. Die Zinsausgaben des Staates sind um 3,3 Prozent und die Bruttoinvestitionen um 3,0 Prozent gestiegen. Geringere Ausgaben waren im ersten Halbjahr 2010 hingegen bei den Vermögenstransfers (–10,9 Prozent) zu verzeichnen.

Am 19. Juli 2010 hat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) eine Entscheidung zur sektoralen Zuordnung der „Ersten Abwicklungsanstalt“ in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen getroffen.

Aufgabe der „Ersten Abwicklungsanstalt“ ist es, von der WestLB Risikopositionen und nichtstrategienotwendige Geschäftsbereiche zu übernehmen und diese abzuwickeln. Nach der Eurostat-Entscheidung ist die „Erste Abwicklungsanstalt“ dem Sektor Staat zuzuordnen. Die damit verbundenen Auswirkungen sind bereits in die Ergebnisse für das erste Halbjahr 2010 eingeflossen. Der Finanzierungssaldo des Staates hat sich dadurch um rund 900 Millionen Euro verschlechtert. Für das Berichtsjahr 2009 ergeben sich keine Änderungen.

## **5. Kurz notiert**

### **5.1. Sehr gute Wirtschaftsprognosen**

Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im August auf 106,7 (Juli: 106,2). Der Index bekräftigt damit seinen positiven Trend der Vormonate. Er stieg zum dritten Mal in Folge. Der wichtige Indikator für die deutsche Konjunktur erreichte den höchsten Stand seit den Zeiten des Wirtschaftsbooms im Sommer 2007.

Die Unternehmen beurteilen ihre aktuelle Geschäftslage erneut besser – lediglich hinsichtlich der Entwicklung im kommenden halben Jahr sind sie geringfügig weniger optimistisch als bisher.

Im verarbeitenden Gewerbe verbesserte sich die Geschäftslage erneut, sehr zuversichtlich sind die Industriefirmen weiterhin bezüglich der Geschäftsentwicklung in den nächsten sechs Monaten. Das kommt der Beschäftigung zu Gute: Die Unternehmen planen laut ifo-Daten etwas häufiger, den Personaleinsatz zu erhöhen.

Diesen Trend bestätigt eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst&Young: Danach wollen viele Firmen Personal einstellen und ihre Investitionen zumindest stabil halten. Im kommenden Halbjahr beabsichtigen 24 Prozent der Mittelständler, die Beschäftigtenzahl zu erhöhen, nur neun Prozent planen einen Personalabbau.

### **5.2. Wirtschaft um 2,2 Prozent gewachsen**

Das Statistische Bundesamt bestätigte heute seine Schnellmeldung vom 13. August: Die deutsche Wirtschaft wuchs im zweiten Quartal um 2,2 Prozent. Das ist der höchste Anstieg zu einem Vorquartal seit der Wiedervereinigung. Ökonomen revidieren Dank dieses unerwartet robusten Aufschwungs ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2010 nach oben. Dabei wird die Wachstumskurve in der zweiten Jahreshälfte zweifellos wieder einen normaleren Anstieg verzeichnen.

Dennoch korrigiert der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Franz Zimmermann, nun die Prognose seines Instituts deutlich nach oben: von 1,9 Prozent auf "wohl unvermeidbar über drei Prozent" für das Gesamtjahr 2010.

Damit bewegt sich das DIW im durchaus im Rahmen anderer Schätzungen. Der Deutsche Industrie und Handelskammertag hatte seine Prognose für 2010 von 2,3 Prozent auf 3,4 Prozent angehoben. Die üblicherweise sehr vorsichtige Bundesbank erwartet rund drei Prozent. Die Finanzexperten der DekaBank sagen gar ein Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent voraus. Wie stets spielen die Exporte eine bedeutende Rolle in dieser rasanten Konjunkturentwicklung. Aber die jüngsten Zahlen bergen eine besonders gute Nachricht: Die binnenwirtschaftliche Säule des Wachstums stellt auch das Statistische Bundesamt heraus: Die privaten Konsumausgaben lagen im zweiten Quartal 0,6 Prozent höher als im ersten. Auch der Staat erhöhte seine Konsumausgaben um 0,4 Prozent.

Der Bundeswirtschaftsminister verweist darauf, dass die Inlandsnachfrage – und hier besonders der private Konsum – gut 60 Prozent zum Wachstum beigetragen hat.

Diesen Optimismus bestätigt auch eine lesenswerte Studie der DekaBank. Sie sieht "Deutschland auf der Überholspur", denn die deutsche Volkswirtschaft sei unerwartet stark aus der tiefsten Rezession der Nachkriegsgeschichte herausgekommen.

Wettbewerbsfähige Produkte, konsequente Forschungs- und Entwicklungsarbeit, Engagement auf internationalen Wachstumsmärkten, solide Finanzierung, konjunktureller Rückenwind von der Geldpolitik im Euroraum und einen nachfragekräftige Kundschaft: Das sind einige der Stichworte, mit denen die Experten der Bank ihre zuversichtlichen Analysen begründen.

Die Ökonomen der Bank betonen ebenfalls die Bedeutung der Binnenwirtschaft. Sie empfehlen eine Langfriststrategie: etwas weniger Lohnzurückhaltung, ohne die Verteilungsspielräume der Wirtschaft zu überschreiten – d.h., moderate Einkommenssteigerungen, die den Wettbewerbsvorsprung nicht zunichtemachen, aber zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

## **6. Terminvorschau**

28.08.2010	Tag der Russlanddeutschen
31.08.2010	20 Jahre Unterzeichnung Einigungsvertrag
31.08.2010	Rede von US-Präsident Barack Obama an die Nation
03.09. bis 08.09.2010	Internationale Funkausstellung in Berlin

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent